

## Pressemitteilung

18. November 2019

# Notwendige Arzneimittel für alle – solidarisch finanziert!

Alle Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, haben ein Recht, im Krankheitsfall medizinisch und ggf. mit Arzneimitteln versorgt zu werden. Dies darf keine Frage des Geldbeutels, der Cleverness oder des Aufenthaltsstatus des Einzelnen sein. So das Fazit des Herbstseminars des Vereins demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP) am 31. 10. 2019 in Berlin und der daraufhin erstellten Stellungnahme des Vereins (abrufbar unter [vdpp.de](http://vdpp.de)).

„Es darf nicht sein, dass in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik immer mehr Menschen, die in Armut leben, nicht mehr ausreichend versorgt werden“ so Thomas Hammer, Vorstandsmitglied des VdPP. Es sei nicht hinzunehmen, dass Erkrankte aufgrund der zu leistenden Zuzahlungen ihre Arzneimittel nicht mehr in den Apotheken beziehen oder Dosierungen strecken, um über die Runden zu kommen. Es sei auch ein Armutszeugnis für unser Gemeinwesen, wenn bei uns lebende Menschen ohne Krankenversicherung oder auch ohne Papiere auf Almosen und ehrenamtliches Engagement angewiesen seien.

„Die Bundesrepublik ist vor vielen Jahren dem UN-Sozialpakt beigetreten. Im Artikel 12 dieser Vereinbarung hat sich Deutschland verpflichtet, Voraussetzungen zu schaffen, dass für jedermann im Krankheitsfall die Nutzung medizinischer Einrichtungen und die ärztliche Betreuung sichergestellt ist“, so Hammer.

Der VdPP fordert, dass die Zuzahlungen, die Betroffenen den Zugang zu notwendigen Arzneimitteln erschweren, zurückgenommen werden, dass eine „ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche“ Versorgung (SGB V) auch mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln möglich sein muss und dass der Staat seine mit dem UN-Sozialpakt eingegangenen Verpflichtungen umsetzt und allen hier lebenden Menschen eine gesundheitliche Versorgung ermöglicht.

Auch an die Apothekerschaft appelliert der VdPP: Viele Apothekerinnen und Apotheker würden sich in vielen Projekten und Initiativen schon heute für die Belange sozial Benachteiligter mit viel Engagement einsetzen. Aber man dürfe nicht wegsehen, wenn sich Diskriminierung und Rassismus immer weiterverbreitet, so der VdPP in seiner Stellungnahme. Er appelliert an die Verantwortlichen, hier deutlich Position zu beziehen und die Apotheken bzw. die Apothekerinnen und Apotheker zu unterstützen, die sich für die Versorgung sozial Benachteiligter stark machen. Dies sei zudem die in den Berufsordnungen formulierte und in der Gesellschaft von einem angesehenen Berufsstand erwartete Aufgabe.

*VdPP-Vorstand*



Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP) e. V.

Ansprechpartner:

Sabine Hensold, Pressestelle VdPP, Tel. 0163-1469696, E-Mail: [presse@vdpp.de](mailto:presse@vdpp.de)

Esther Luhmann, VdPP-Vorstandsreferentin, Tel. 0176-20839802, E-Mail: [referentin@vdpp.de](mailto:referentin@vdpp.de)

Mehr Informationen unter [www.vdpp.de](http://www.vdpp.de)

**Über den VdPP e.V.**

Der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten besteht seit Juni 1989. Im VdPP sind KollegInnen organisiert, die sich mit der jetzigen Situation im Gesundheitswesen nicht abfinden möchten.

Vereinsziele:

- Patientenorientierte Arzneimittelberatung und -Versorgung
- Evidenzbasierte Pharmazie
- Demokratisierung des Gesundheitswesens und der Standesorganisationen
- Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen
- Stärkung des Verbraucherschutzes und der Patientenbeteiligung im Gesundheitswesen
- Zugang aller Menschen weltweit zu einer ausreichenden Arzneimittelversorgung
- Begrenzung der Marktmacht der pharmazeutischen Industrie